

Die schwarz-rote Regierung setzt bei Abschiebungen auf Härte. Tausende Menschen werden zum Opfer dieser Symbolpolitik.



Andachtsraum in der neuen »Ausreisegesammelstelle« in Berlin-Schönefeld. Der Flughafen soll zu einem Drehkreuz für Abschiebungen aus Deutschland werden.

PICTURE ALLIANCE/DPA | JÖRG CARSTENSEN

Gegen jede Vernunft

Mit Abschiebungen werden Lebensperspektiven zerstört. Zugleich sind sie teure Symbolpolitik

Hohe Rückführungszahlen gelten als politischer Erfolg. Der wird teuer erkaufte – auf dem Rücken der Betroffenen. Zugleich entstehen durch die Maßnahmen enorme Kosten, direkte wie indirekte.

JANA FRIELINGHAUS

Wenn man auf einer größeren Petitionsplattform mal für etwas unterschrieben hat, flattern einem faktisch wöchentlich die Anliegen verschiedenster Menschen in den virtuellen Briefkasten. Sehr oft sind Appelle dabei, die drohende Abschiebung einer Person zu verhindern oder einen Menschen nach Deutschland zurückzuholen, der bereits abgeschoben wurde. Meist wird darin betont, wie sehr sich der oder die Betroffene engagiert habe und wie gut er oder sie integriert gewesen sei.

Am 11. August lag eine Petition im virtuellen Postfach, in der drei Schwestern von Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) und dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) die Rückholung des 25-jährigen Idar aus Marokko fordern. Der junge Mann lebte zuletzt in Darmstadt – und hatte schon im Frühjahr einen Ausbildungsvertrag in der Tasche. Die Ausbildung zum Altenpflegehelfer sollte am 1. September beginnen. Bislang haben 28 000 Menschen die Petition unterzeichnet.

An Idars Beispiel zeigt sich die Ungleichbehandlung von Geflüchteten. Denn er war Student in der Ukraine, flüchtete nach Beginn des russischen Angriffskriegs

nach Deutschland. Doch da »echte« Ukrainer*innen keinen Asylantrag stellen mussten und sofort Bürgergeld erhielten, hatten sogenannte Drittstaatler stets einen äußerst prekären Status.

Der Marokkaner hatte in der Ukraine schon einige Semester Medizin studiert. Er spricht neben seiner Muttersprache fließend Englisch, Französisch, Ukrainisch und mittlerweile auch recht gut Deutsch. Zu Ostern wurde er plötzlich zu Hause abgeholt, in Abschiebehaft gesteckt und am 6. Mai nach Marokko abgeschoben, wie die Initiatorin der Petition, Sylvia Rath, berichtet. Die Behörden stellten den Petentinnen sogar in Aussicht, dass Idar wieder einreisen dürfe – allerdings nur, wenn er für die Kosten der Haft und des Abschiebeflugs aufkomme. Von rund 7000 Euro ist die Rede. Deshalb haben die Petentinnen zugleich einen Spendenaufruf gestartet.

Dabei hätte Idar nach Paragraph 60 des Aufenthaltsgesetzes für die Dauer seiner Ausbildung eine Duldung erhalten können. Seine Abschiebung war nicht unausweichlich.

Ein weiterer Fall: Amira, Erzieherin in einer Offenbacher Kita. Die Afghanin war mit zwei Schwestern und ihrem Bruder vor drei Jahren nach Deutschland gekommen. Zuvor hatten in Litauen einen Schutzstatus erhalten. Da es dort aber keine Jobchance gab, reisten alle vier nach Deutschland weiter.

Amira lernte schnell Deutsch und bewarb sich beim Offenbacher Kita-Träger

»Die Krabbelstubb«. Sie hatte bereits in Afghanistan Pädagogik studiert und als Erzieherin gearbeitet. Wurde von den Kindern geliebt, engagierte sich. Stand kurz vor der offiziellen Anerkennung als Fachkraft.

Doch Ende Mai wird sie plötzlich im Morgengrauen verhaftet, kann nur das Nötigste mitnehmen. Seither leben sie und ihr Bruder in einem Auffanglager in Litauen. Denn die Schwestern sind noch in Deutschland. Eine vom Kita-Betreiber gestartete Petition an den hessischen Innenminister Roman Poseck (CDU) und Bundesminister Dobrindt für Amiras Rückkehr nach Deutschland haben 56 000 Menschen unterzeichnet.

.....
»Ich habe so viel investiert in dieses Leben in Deutschland. So viele kurze Nächte, so viel Lernen. Und jetzt soll das alles umsonst gewesen sein?«

Amira Erzieherin aus Afghanistan

Ihre Kolleg*innen schlagen eine Rückkehrmöglichkeit über ein Arbeitsvisum vor und fordern allgemein die »Anerkennung von Engagement, Ausbildung und gelebter Integration in asyl- und aufenthaltsrechtlichen Verfahren«. Amira ist derweil verzweifelt. Dem Hessischen Rundfunk sagte sie im Juni am Telefon: »Ich habe so viel investiert in dieses Leben in Deutschland. So viele kurze Nächte, so viel Lernen. Ich

habe mich so angestrengt, dazugehören zu dürfen. Und jetzt soll das alles umsonst gewesen sein?« Sie habe aus Afghanistan »überstürzt fliehen« müssen und habe nun »wieder alles verloren«.

Es gibt zahllose weitere Fälle, in denen sich zeigt, dass sehr unterschiedlich selbst innerhalb einer Familie entschieden wird. Dabei haben Ausländerbehörden durchaus erhebliche Spielräume, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen sowie jungen Erwachsenen. Dennoch sind von Abschiebungen nach wie vor auch Kinder betroffen, die in Deutschland geboren oder aufgewachsen sind. Und in deren Schulbildung bereits viel investiert wurde.

Der Konsens, möglichst viele Menschen abzuschieben, herrscht in den meisten Ausländerbehörden, und zwar nicht erst, seit Altkanzler Olaf Scholz seine »Abschiebeoffensive« ankündigte. Weil in vielen Fällen formale Voraussetzungen für eine Rückführung nicht erfüllt sind, bleibt ihre Zahl naturgemäß stets so begrenzt, dass die AfD und andere rechte Gruppierungen sagen können, die jeweils aktuelle Regierung greife nicht durch. Zumindest, solange sie sich an juristische und menschenrechtliche Mindeststandards hält.

Und so greift man sich Menschen, deren Aufenthaltsort bekannt ist – und die oft alle Kriterien eines »nützlichen« Mitglieds der Gesellschaft erfüllen. So war es auch im Fall eines vergangenen Woche in den Irak abgeschobenen Studenten. Ramzi Awat Nabi lebte seit sieben Jahren in Deutschland, hat

sein Abitur mit einem Notendurchschnitt von 1,5 bestanden und studierte in Stuttgart Gebäude- und Energietechnik. Im kommenden Jahr wollte er seinen Bachelor-Abschluss machen. Nun wurde er mitten in der Nacht in seinem Zimmer im Studentenwohnheim Stuttgart-Vaihingen festgenommen und nach Bagdad abgeschoben. Der Grund: Die Ausländerbehörde hatte trotz eines gültigen Reisepasses Zweifel an seiner Identität.

Nach Ansicht des Anwalts von Ramzi Awat Nabi, Stefan Weidner, gibt es für seinen Mandanten wohl nur die Möglichkeit, in absehbarer Zeit mit einem Studentenvisum wieder einzureisen. In dem Fall müsste der 24-Jährige die Kosten seiner Abschiebung abzahlen.

Die meisten abgeschobenen Menschen haben unterdessen niemanden, der sich für sie engagiert und Spenden sammelt. Was sie durchmachen, erfährt niemand. Die Fälle, die bekannt werden, zeigen indes: Die Maßnahmen dienen wohl kaum dem deklarierten Ziel, Deutschland sicherer zu machen oder Kommunen zu entlasten.

Aber sie kosten viel Geld, und die Kosten steigen mit dem Bau neuer Abschiebehaftanstalten dramatisch weiter an. So berichtete die »Mitteldeutsche Zeitung« vergangene Woche, das von Sachsen-Anhalt geplante Abschiebegefängnis in Volkstedt werde um ein Vielfaches teurer als geplant. Die Landesregierung rechne mit Baukosten von 37,4 Millionen Euro. Ursprünglich waren vier Millionen veranschlagt.

Kontinuität und Zuspitzung

Die Regierung Merz arbeitet hart daran, die Zahl an Abschiebungen zu erhöhen – das ist erst mal nichts Neues

Die Zahl der Abschiebungen steigt unter Schwarz-Rot an, die Praxis fußt aber auf Gesetzen der Ampel-Regierung. Kritiker sehen darin unnötige Härte und rechtswidriges Handeln.

PATRICK LEMPGES

Abschiebungen sind in Deutschland seit Jahren ein politisches Dauerthema. Der Trend ist klar: härtere Gesetze und mehr Abschiebungen. Der damalige Kanzler Olaf Scholz (SPD) hatte den Kurs im »Spiegel« Herbst 2023 angekündigt: »Wir müssen endlich im großen Stil abschieben«. Im Jahr darauf beschloss die Ampel-Regierung mit ihrem »Rückführungsverbesserungsgesetz« deutliche Verschärfungen. Dazu gehörten längerer Ausreisegewahrsam, nächtliche Wohnungsdurchsuchungen, weniger Ankündigungen der Maßnahmen und kürzere Klagefristen.

Die Zahl der Abschiebungen wuchs bereits unter der Ampel kontinuierlich an. So waren 2021 knapp 11 900 Menschen abgeschoben worden, im ersten Jahr der Ampel-Regierung 2022 waren es schon rund 13 000, 2023 bereits 16 400. Im vergangenen Jahr, nach Einführung des sogenannten Rückführungsverbesserungsgesetzes, wurden 20 084 Menschen abgeschoben, unter ihnen 2316 Minderjährige (11,5 Prozent).

Die CDU unter dem jetzigen Bundeskanzler Friedrich Merz hat mit den Themen Asylrechtsverschärfungen und Abschiebungen einen erfolgreichen Wahlkampf geführt. Die jetzt geplanten Gesetze der schwarz-roten Koalition verschärfen die Linie der Vorgänger-Regierung erneut. So soll Ausreisegewahrsam für sogenannte Gefährder und Straftäter unbefristet gelten. Der von der Ampel eingeführte anwaltliche

Vertreter bei Abschiebungshaft und Ausreisegewahrsam soll abgeschafft werden.

Zusätzlich zu den bereits genannten Maßnahmen plant die Regierung unter Friedrich Merz, die Bestimmung sicherer Herkunftsländer durch Rechtsverordnung statt durch parlamentarische Beschlüsse vorzunehmen. Dies würde eine schnellere Einstufung von Ländern als sicher ermöglichen, was zu einer Reduzierung der Zahl der Asylsuchenden führen soll. Kritiker befürchten jedoch, dass dies die Rechte der Betroffenen einschränkt und die demokratische Kontrolle unterminiert, da statt des Parlaments die Regierung selbst entscheiden könne, was als sicheres Herkunftsland gelte.

In diesem Kontext sind auch kontinuierliche Rückführungen nach Syrien und Afghanistan vorgesehen, obwohl Menschen-

rechtsorganisationen dort auf massive Gefahren für Abgeschobene hinweisen. Zur Sicherstellung künftiger Abschiebungen nach Afghanistan will die Regierung gezielt mit den Taliban zusammenarbeiten.

Die Grenzkontrollen an den deutschen Grenzen sind beispielhaft für ein Muster aus Kontinuität und Zuspitzung in der jetzigen Politik der Regierung. Die Grenzkontrollen wurden bereits unter der Ampel eingeführt, im Kampf gegen sogenannte illegale Migration. Asylsuchende, die bereits in einem anderen EU-Staat registriert waren, wurden auf Basis der europäischen Dublin-III-Verordnung abgewiesen. Unter der jetzigen Regierung kommt es jedoch zunehmend zu generellen Zurückweisungen, ohne Prüfung der individuellen Zuständigkeit. Das Amtsgericht Berlin hatte die generelle Zurückweisung Asylsuchen-

der nach einer Klage drei somalischer Betroffener in einem letztinstanzlichen Eilverfahren als rechtswidrig erklärt – der Minister setzt die Maßnahmen trotz des Urteils fort.

Tareq Alaows, Flüchtlingspolitischer Sprecher der Menschenrechtsorganisation Pro Asyl, fasst dies im Gespräch mit dem »nd« wie folgt zusammen: »Man hat das Gefühl, die Bundesregierung hält sich nicht länger ans Recht.« Die Härte der Ausweisungen habe eine neue Qualität erreicht. Familien würden ohne Rücksicht getrennt oder ohne Vorwarnung komplett abgeschoben. Polizeigewalt und Abschiebungen trotz laufender Verfahren habe es auch schon früher gegeben, doch »das Ausmaß ist viel größer geworden.« Alaows befürchtet, dass somit Demokratie und rechtsstaatliche Prinzipien gefährdet werden.